

19. August 2008

## PRESSEERKLÄRUNG

### Zentralrat klagt gegen diskriminierende Passage des Bundestags-Beschlusses über Sinti und Roma

In einer heute bei dem Verwaltungsgericht Berlin eingereichten Klageschrift verlangt der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die Korrektur einer Passage des Bundestags-Beschlusses „Die Rechte der Roma in Europa stärken“ (BT-Drucksache 16/5736) vom Januar dieses Jahres. Der Passus II. 7. des Beschlusses lautet:

II. *Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,...*

*7. in ihren Gesprächen mit Vertretern der Roma in Deutschland... darauf hinzuwirken, dass diese sich innerhalb ihrer Gemeinschaft für die Bekämpfung von Verhaltensweisen einsetzen, die der Verwirklichung der Menschenrechte... entgegenstehen. Hierzu zählen häusliche Gewalt, Menschenhandel, Zwangsverheiratungen sowie Vorbehalte gegen den Schulbesuch von Kindern.* “ (am 17.1.08 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedet).

Der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, hatte schon im Vorfeld der Beschlussfassung mit Schreiben an die jeweiligen Berichterstatter der Fraktionen kritisiert, dass diese Passage des ansonsten positiven Beschlusses eine schwerwiegende Pauschaldiskriminierung der Minderheit enthalte und falsche Tatsachenbehauptungen suggeriere. Bezüglich der deutschen Sinti und Roma sei kein einziger Fall von Menschenhandel und Zwangsverheiratung bekannt; auch bezüglich häuslicher Gewalt und der Schulpflicht gäbe es keine andere Situation als in der Mehrheitsbevölkerung in Deutschland, insbesondere existierten keine solchen „Traditionen“ bei der Minderheit, so Rose.

Mit Ausnahme der Abgeordneten Erika Steinbach (CDU) schrieben die Abgeordneten vor der Abstimmung Antworten an den Zentralrat, die den diskriminierenden Charakter der Beschluss-Passage bestätigten und eine Diskussion darüber in den Ausschüssen ankündigten. Die Abgeordnete Erika Steinbach (CDU) rechtfertigte dagegen den Entschließungsantrag und berief sich auf angebliche Untersuchungen aus „Serbien und Montenegro“ und aus dem Grenzgebiet von Griechenland und Mazedonien. Bei einem gemeinsamen Gespräch am 18. Juni 2008 mit den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und der SPD Bundestagsfraktionen, Vaatz und Körper, sagten diese noch eine gemeinsame korrigierende Erklärung der Fraktionsvorsitzenden zu, die aber anschließend nicht erfolgte.